

# INFORMATIONSDIENST

**IÖW** INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

**VÖW** VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

## Sozial-ökologischer Strukturwandel statt Crash-Kurs

*IÖW-Gutachten zur Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern*

Ende November wurde die jüngste Studie des IÖW zum Strukturwandel in den 5 neuen Bundesländern der Öffentlichkeit vorgestellt. Acht Monate nach dem Erscheinen der ersten IÖW-Studie zum „ökologischen Umbau in der DDR“ haben sich die Ausgangsbedingungen allerdings dramatisch verändert. Der offenkundigste Unterschied zum Frühjahr liegt in der schlichten Tatsache begründet, daß es den Staat DDR nicht mehr gibt. Spätestens mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion haben auch alle Vorstellungen ein jähes Ende gefunden, die Strukturanpassung in der DDR könne sich abgestuft vollziehen. Die Frage, ob ein „Schutzgebiet DDR“ mit beschränkter Weltmarktintegration nach dem Wegfall der Grenze überhaupt möglich gewesen wäre, weckt bestenfalls noch akademisches Interesse.

Von diesen Annahmen ausgehend wendet sich die IÖW-Studie folgenden Fragestellungen zu:

- Wie sehen die sektoralen, räumlichen, ökologischen und finanziellen Konsequenzen der Strukturanpassung in Ostdeutschland aus? Und welche Zukunftsentwicklungen sind zu erwarten?
- Wie grenzt sich das Konzept des sozial-ökologischen Strukturwandels gegen das Crash-Konzept ab, in dem ausschließlich Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit entscheidende Determinanten sind?
- Welche Folgen hat die Übertragung des westdeutschen Umweltschutzes auf die ehemalige DDR und welche Restriktionen ergeben sich hier? Sind umweltpolitische Verbesserungen in Ostdeutschland möglicherweise nur um den Preis umweltpolitischer Stagnation in Westdeutschland zu erreichen?
- Wie sehen die regionalen Entwicklungsperspektiven ausgewählter Räume in Ostdeutschland aus?

Die sektorale Analyse der ostdeutschen Volkswirtschaft zeigt, daß es sowohl im primären als auch im sekundären und tertiären Sektor zu erheblichen Beschäftigungsfreisetzen kommen wird. Von den rund 800.000 Beschäftigten in der Landwirtschaft werden in den nächsten Jahren mindestens fünfzig Prozent entlassen. Fügt man die abschabaren Entlassungen in den Bereichen Bergbau und Energie hinzu, dürften sich die Beschäftigungsfreisetzen im primären Sektor Ostdeutschlands auf mindestens eine halbe Million belaufen. Im sekundären Sektor, der vom alten Regime stets ideologisch überhöht wurde, stehen insbesondere die Bereiche Textil und Beklei-

dung, Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Elektronik, Chemie und Ernährungsindustrie vor tiefgreifenden Umbrüchen. Nach einer ersten Konsolidierungsphase wird sich die Zahl der Erwerbstätigen hier um etwa eine Million reduziert haben. Schwieriger sind Prognosen für den tertiären Sektor abzugeben. Bis Ende Oktober war es im von der SED „gehätschelten“ staatlichen Sektor zu insgesamt 300.000 Entlassungen gekommen. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit dürfte in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 erreicht sein, wo mit rund zwei Millionen Arbeitslosen und 1,1 Millionen Kurzarbeitern gerechnet werden muß.

Es ist abzusehen, daß die zahlreichen Unternehmenszusammenbrüche und die damit einhergehenden Beschäftigungsfreisetzen auch regionale Krisenschwerpunkte erzeugen werden. In besonderer Weise werden die Industrieregionen um Halle, Leipzig, Cottbus, Zwickau und Chemnitz hiervon betroffen sein. Die einschneidenden Umstrukturierungen im Energiesektor beispielsweise werden eine Region wie Cottbus, wo 54 Prozent aller Beschäftigten im Bergbau- und Energiebereich tätig sind, besonders hart treffen. Die Standortnachteile werden die ostdeutschen Länder, sollte keine aktiv gestaltende Strukturpolitik betrieben werden, zum Mezzogiorno des neuen Deutschlands machen. Momentan jedenfalls spricht viel für die Vermutung, daß das Gros der westdeutschen Unternehmen in der Ex-DDR eher ein Absatzgebiet als einen möglichen Standort sieht. Die Industrien, die sich ansiedeln (insb. die Automobilindustrie und die Entsorgungswirtschaft), sind zumeist aus ökologischer Per-

*Fortsetzung auf Seite 2*

*Jahrestagung des IÖW:*

## Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie

Am letzten Novemberwochenende veranstaltete das IÖW seine Jahrestagung, die bereits im Hinblick auf die quantitativ wie qualitativ den vorgesehenen Rahmen sprengenden Anmeldungen ein Erfolg werden mußte. Bei der Tagung sollte herausgefunden werden, inwieweit die verschiedenen Theorien sich der regional spürbaren, wie global katastrophalen Herausforderungen angenommen haben und wie ihre, wenn auch größtenteils vorläufigen, Antworten darauf aussehen.

Als erste wesentliche Ergebnisse lassen sich festhalten:

- Alle auf der Tagung vorgestellten Ansätze haben sich der Herausforderung auf ihre Art und Weise gestellt.

Dabei reicht die Spannweite der für notwendig gehaltenen Maßnahmen von der Neukonstituierung einer ökologischen Ökonomie (Immler) auf der einen Seite bis zum „mainstream“ der herrschenden Umweltökonomie (Ströbele), die mit ihrem Begriffsapparat der ökologischen Herausforderung zu begegnen können glaubt.

- So gut wie alle Referenten waren sich einig in der Forderung, daß für die Ökonomie eine „Bremsen“ gefunden werden müsse.

Die Ökonomie sei nicht in der Lage, aus sich selber heraus Grenzen bezüglich der ökologischen Probleme zu definieren. Daher ist eine Rahmensezung – oder auch Nebenbedingung, je nach Sprachstil der ökonomischen Schule – zur Begegnung der ökologischen Herausforderung notwendig. Dies wird insbesondere unter dem Aspekt der intertemporalen Verteilung bedeutsam, gegenüber der ökonomischen Rationalität noch stärker zurückgenommen werden müsse. Denn es geht hierbei nicht mehr nur um Allokations-, sondern vor allem um Gerechtigkeitsfragen. – Allerdings ist die Forderung nach Begrenzung nicht mißzuverstehen als Ruf nach mehr staatlicher Regulierung; gegenüber dieser wurde bis hin zu neoklassischen Ansätzen zumindest ebensoviel Skepsis geäußert.

- Der ökologischen Herausforderung kann nur begegnet werden, wenn sich stärker ein forschungsproblemorientierter Interdisziplinarität durchsetzt.

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Fortsetzung von Seite 1

Dabei trifft dies etwa für Disziplinen wie die Physik zu, durch die z. B. mittels des thermodynamischen Ansatzes Elemente wie Irreversibilität und Zeitstruktur in Bezug auf ökonomisches Handeln deutlich gemacht werden. Dies gilt aber auch für die verschiedenen Theoriezweige der Ökonomie, auch wenn hier der Begriff der Interdisziplinarität einen gewandelten Sinn erhält. Angesichts der ökologischen Probleme wurde ein „produktiver Eklektizismus“ (Altwater) gefordert, der trotz all seiner, insbesondere methodischen, Probleme angesichts der ökologischen Problemlage versucht werden müsse.

Schließlich sei noch die Anmerkung erlaubt, daß, bei aller Notwendigkeit theoretischer Fundierung, angesichts der heutigen Umweltprobleme nicht erst auf eine einigermaßen konsistente und gesicherte Theorie gewartet werden kann. Es mangelt in vielen Problemereichen nicht am Wissen, sondern vor allem an entsprechenden – auch über ökonomische Instrumente vermittelten – Handeln. Die Herausforderung für die ökonomische Theorie kann auch nach diesem Wochenende selbstverständlich nicht als bewältigt angesehen werden. So endete die Abschlußdiskussion denn auch ohne ein „Schlußwort“, womit verdeutlicht sein soll, daß diese Diskussion einer Fortführung bedarf. Besonders diejenigen, die nicht an der Tagung teilnehmen konnten, seien auf zwei Publikationen verwiesen: Zum einen sind die Tagungsmaterialien (mit Thesenpapieren von Beckenbach, Immler, Martinez-Alier, Maier-Rigaud, Ströbele, Hampicke, Hickel, Fleissner, Stephan, Ebeling, Wiesenthal, Wieland), wie aus der IÖW-Publikationsliste ersichtlich, über die Tagung hinaus zu bekommen. Zum anderen wird eine Dokumentation der Tagung mit den überarbeiteten Referaten in den nächsten Monaten im Marburger Metropolis-Verlag erscheinen.

## IÖW-Adressen:

IÖW-Geschäftsstelle:  
Giesebrechtstraße 13, 1000 Berlin 12,  
Tel. (030) 882 60 94, Telefax (030) 881 54 39

IÖW-Regionalbüro NRW:  
Oberbergische Str. 4, 5600 Wuppertal 2,  
Tel. (02 02) 805 30

IÖW-Regionalbüro Kiel:  
Waitzstr. 11, 2300 Kiel 1,  
Tel. (04 31) 56 63 62

IÖW-Regionalbüro Baden-Württemberg:  
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg,  
Tel. (0 62 21) 16 79 54  
Telefax (0 62 21) 16 44 89

IÖW-Österreich: Christine Jasch  
Rechte Wienzeile 19/5, A-1043 Wien,  
Tel. (00 43-222) 587 21 89

## Fortsetzung von Seite 1

spektive skeptisch zu beurteilen. Die Gefahr neuer Monostrukturen wird in der ehemaligen DDR vorläufig nicht gesehen.

Neben den sektoralen und räumlichen Folgen der Strukturanpassung werden vor allem die ökologischen Konsequenzen beleuchtet. Hier lassen sich drei generelle Tendenzen erkennen: Es gibt Bereiche, in denen es im letzten Jahr zu erheblichen Verbesserungen gekommen ist. Zuvörderst ist hier die Demokratisierung der Umweltpolitik zu nennen. Ohne das Recht, sich frei zu informieren, zu organisieren und zu artikulieren, wäre eine zivile Bearbeitung der Umweltprobleme in Ostdeutschland überhaupt nicht möglich gewesen. Ohne öffentlichen Druck wäre manche Betriebsstillegung der letzten zwölf Monate wahrscheinlich nicht erfolgt. Mit der Umweltunion ist allerdings vieles, was sich an Transparenz im Rahmen der „runden Tische“ zum normalen Standard entwickelt hatte, wieder abgeschwächt worden.

Zweitens gibt es Bereiche, in denen sich zwar relative Verbesserungen gegenüber den Umweltstandards der ehemaligen DDR abzeichnen, wo aber insgesamt an ökologisch suboptimalen Strukturen festgehalten wird. Zu nennen ist hier vor allem der Bereich der Energiewirtschaft: Zwar wird die Einführung westdeutscher Standards zu erheblichen Reduzierungen bei Staub, Stickoxiden und Schwefeldioxid führen, doch wird das Festhalten an zentralistischen Strukturen – wie von den westdeutschen Energiemonopolisten RWE, Preußenelektra und Bayernwerke geplant – den Einstieg in eine effizienzorientierte und klimaverträgliche Energiewirtschaft verhindern.

Drittens führt die bloße Übertragung westdeutscher Standards in vielen Bereichen zu ökologischen Verschlechterungen gegenüber der Situation, wie sie sich vor einem Jahr dargestellt hat. In der Studie wird dies anhand der Beispiele Verkehr, Abfallwirtschaft, Naturschutz und Landschaftszersiedlung untersucht. Als großes Problem wurde auch das Fehlen von adäquaten Verwaltungsstrukturen in Ostdeutschland herausgearbeitet. Anhand einer Umfrage bei verschiedenen kommunalen Verwaltungen konnte gezeigt werden, daß große Rechtsunsicherheit herrscht und daß die Schwäche der Umweltverwaltungen einer Außerachtlassung ökologischer Belange Vorschub leistet.

Für die Kosten der Strukturanpassung in Ostdeutschland liegen mittlerweile eine Fülle von Schätzungen vor, die dem Kriterium der Seriösität nicht immer genügen. Im Umweltbereich ist insgesamt mit Kosten in Höhe von mindestens 460 Milliarden DM zu rechnen. Dies konzentriert sich auf die Bereiche

- Umbau der Energiewirtschaft und Luftreinhaltung 220 Mrd. DM,
  - Reinhaltung der Gewässer 120 Mrd. DM,
  - Sanierung von kontaminierten Industriestandorten 70 Mrd. DM,
  - Altlastensanierung 50 Mrd. DM.
- Hinzu kommt eine Programm zur Erneuerung der Bahninfrastruktur, für das 60 bis 100 Mrd. DM erforderlich sind.

In der Untersuchung werden zwei Idealtypen von Strukturpolitik verglichen: die „Crash-Variante“

und der sozial-ökologische Strukturwandel. Beide Konzepte gehen von der Grundüberlegung aus, daß in Westdeutschland gemachte Fehler in der ehemaligen DDR vermieden werden können und daß eine „richtige“ Strukturpolitik in Ostdeutschland möglicherweise sogar positive Rückwirkungen auf Westdeutschland haben könnte. Darüber, was denn die Fehler in der bundesdeutschen Entwicklung waren und wie eine „richtige“ Strukturpolitik aussehen sollte, bestehen allerdings tiefgreifende Differenzen. Die Vertreter der Crash-Variante, deren Leitbild die Schumpetersche schöpferische Zerstörung ist, sehen als zentralen Fehler in der westdeutschen Strukturpolitik die „Verzögerung des Strukturwandels gegen den Markt“. Als Negativbeispiel wird hier gern das Ruhrgebiet angeführt. Die dort gemachten Fehler dürften sich auf keinen Fall wiederholen. Statt dessen soll der Strukturwandel durch eine umfassende Privatisierung und Deregulierung beschleunigt werden, die sich einzig an den Kriterien Weltmarktkonkurrenz und Produktivität zu orientieren hätte.

Die konkurrierende Variante, der sozial-ökologische Strukturwandel, weist im Hinblick auf zwei Grundannahmen durchaus „Schnittmengen“ mit der Crash-Variante auf. Erstens: Es kann nicht Ziel staatlicher Strukturpolitik sein, überkommene Strukturen in der ehemaligen DDR künstlich aufrechtzuerhalten. Zweitens: Staatliche Strukturpolitik sollte in Ostdeutschland vor allem – wenn auch nicht ausschließlich – Infrastrukturpolitik sein.

Jenseits dieser grundsätzlichen Übereinstimmung existieren allerdings fundamentale Unterschiede:

Erstens: Die penetrante Ausblendung ökologischer Belange ist ein bestimmendes Merkmal der Crash-Variante, während das Konzept des sozial-ökologischen Strukturwandels die Wiederherstellung bzw. den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen nimmt.

Zweitens: Das Konzept des sozial-ökologischen Strukturwandels schließt ebenso wie das Crash-Konzept die Dimensionen Zerstörung, Schrumpfung und Wachstum ein. Es ist aber ein gewaltiger Unterschied, ob dieser Prozeß ausschließlich von den Determinanten Produktivität und Konkurrenzfähigkeit gesteuert wird, oder ob auch ökologische und soziale Anforderungen bestimmend werden können. Sie zu definieren und in politisches Handeln umzusetzen ist das Gebot der Stunde, in West- wie in Ostdeutschland.

Drittens: Die Einschätzung, daß der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr und Administration dringend erforderlich ist, trennt die beiden Konzepte nicht, wohl aber die Einschätzung, welcher Art diese zu sein hätte. Besonders deutlich wird dies im Verkehrsbereich, wo die Crash-Variante vorrangig auf die Straße setzt, obwohl der Individualverkehr maßgeblich zu Verkehrstoten, Atmosphärenenerwärmung und Waldsterben beiträgt. Ökologische Strukturpolitik hingegen fördert den schienengebundenen und nichtmotorisierten Verkehr und forciert eine volle Umle-

gung der ökologischen Kosten des Autoverkehrs auf die Kraftstoffpreise.

Viertens: Staatliche Strukturpolitik trägt, im Gegensatz zur Ansicht vieler Protagonisten der Crash-Variante, auch Verantwortung für die Regionen. Eine anhaltende Abwanderung aus den strukturschwachen Räumen Ostdeutschland ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll, weil sie zur Abkopplung ganzer Regionen einerseits und zur Verschärfung von Agglomerationsproblemen andererseits führen würde. Das Anknüpfen an vorhandenen regionalen Potentialen und ihre gezielte Förderung sind deshalb feste Bestandteile ökologischer Strukturpolitik. Konkret bedeutet das: Grundsätzlich muß auch der Erhalt von entwicklungsfähigen Betrieben gegen den

Markt vorübergehend möglich sein, um regionale Produktionsverflechtungen aufzubauen. Wichtig ist allerdings, daß die hierfür notwendigen staatlichen Mittel zeitlich klar befristet sind. Eine Dauersubventionierung ganzer Branchen gegen den Markt ist nicht verantwortbar.

Wie eine Politik des sozial-ökologischen Strukturwandels aussehen könnte, wird zum Abschluß der Studie anhand konkreter Beispiele diskutiert. Aufgezeigt werden ökologische Optionen am Beispiel der Problemfelder Energie, Verkehr, Chemie und Altlasten in der Industrieregion Halle-Leipzig und am Beispiel der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Reinhard Loske, Bonn

## Probleme der ostdeutschen Kommunen im Umweltbereich

*Eine kürzlich im Rahmen eines neuen Gutachtens durchgeführte Umfrage vom IÖW bei Kommunen, Behörden und sonstigen öffentlichen Institutionen in allen 5 neuen Bundesländern zeigte, daß der Umweltschutz besonders bei Investitionen, wo Arbeitsplätze entstehen, eine untergeordnete Rolle spielt. Zwar wird allgemein eine hohe Hilfsbereitschaft zur Lösung der Umweltprobleme bei der Bevölkerung festgestellt, aber gleichzeitig überlagern massive Existenzängste aufgrund der wirtschaftlichen Lage die Sorge um die Umwelt. Der Zielkonflikt Umweltschutz versus Arbeitsplätze tritt in verschärfter Form hervor.*

Interessant ist, daß nicht nur die Interessen zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen miteinander kollidieren. Im Rahmen einer Medienverlagerung von Umweltbelastungen gibt es ebenfalls Konflikte: So steht einer Minderung der Luftbelastung durch Umstellung von Kohle- auf Ölöfen und dem damit notwendigen Aufstellen von Öltanks die potentielle Gefährdung von Grundwasser in den wesentlich größeren Trinkwasserschutzgebieten entgegen. Ebenso verstärken die Altlasten die Tendenzen zur Zersiedelung durch das Gewerbe. Weiterhin konterkariert der Schadstoffausstoß durch den enormen Zuwachs des Autoverkehrs die durch die Stilllegung großer Emittenten erreichte Luftverbesserung.

Zu alledem ist die Finanzlage der Kommunen sehr angespannt. Im wesentlichen fehlen auf der Einnahmeseite Gewerbesteuererlöse durch in Konkurs gegangene und noch gehende Betriebe und auf der Ausgabenseite erfordern verschiedene Probleme (Müll, Verkehr, Wasser, Verwaltung) große Ausgaben. Es gab mehrfach Äußerungen, daß die extrem angespannte Finanzlage der Kommunen mit Absicht durch die Bundesregierung geschaffen worden sei, um diesen einen möglichst geringen Entscheidungsspielraum zu lassen. Es sollte damit Druck auf die Kommunen ausgeübt werden, so daß sie an einer weitgehenden Privatisierung nicht vorbeikommen und damit der westdeutschen Privatwirtschaft zu zahlreichen Aufträgen aufgrund ihres Know-Hows und ihrer Erfahrung verschaffen, was die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern weiter verschärft (und im Westen begünstigt). Diese finanzielle Misere bestätigt auch eine neue

Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI).

Es besteht bei manchen Kreisen die Gefahr, daß Gemeinden knappe Finanzmittel für die Ausweisung einer zu großen Gewerbefläche aufwenden, die in keinem Verhältnis zu den potentiellen Investoren steht. Dabei dominieren Super-, Fach- und Baumärkte, Freizeitzentren und Parkhäuser – Projekte, die oft auf der grünen Wiese angesiedelt werden und damit der Zersiedelung Vorschub leisten.

Bei Privatpersonen herrscht ebenfalls rege Bautätigkeit. Oftmals werden dabei Genehmigungsverfahren und Vorschriften mißachtet. Die Umweltämter bleiben aus Unkenntnis der anderen Abteilungen bei bestimmten Verfahren außen vor. Wenn auch der Drang zum Eigenheim im Grünen momentan aufgrund der knappen privaten Haushaltskassen noch nicht so ausgeprägt ist, so kann doch mit einer kräftigen Zunahme in den nächsten Jahren gerechnet werden.

Eine Privatisierung im Wasserbereich zeichnet sich in verschiedenen Regionen ab. So hat ein französisches Wasserunternehmen bereits feste Vereinbarungen mit Halle und Rostock getroffen. Die Kommunen werden so von Finanzverpflichtungen entledigt, die Lösung ist oft schneller und in bestimmten Fällen auch kostengünstiger zu realisieren. Problematisch ist dabei der Zielkonflikt zwischen privatwirtschaftlichem Gewinnstreben und der Vorgabe der Versorgung aller Einwohner mit dem Lebensmittel Nr. 1. Der Unterschied zwischen einer öffentlichen und privaten Finanzierung des Wassersystems liegt aber weniger in der Art des Kapitals, als vielmehr im

privaten und öffentlichen Management. Hier dürfte tatsächlich das private Management, zumal wenn es Erfahrungen im Westen vorweisen kann, geeigneter sein.

Das sehr stark gewachsene Abfallaufkommen und der gleichzeitig von der Bundesregierung zugelassene Zusammenbruch des bewährten SeRo-Systems bedingen eine katastrophale Lage der Abfallsituation in den östlichen Kommunen. Der Abfall hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Zu den existierenden, ungeordneten Deponien kommen künftige Altlasten durch neue Deponien, die allenorts wie Pilze aus dem Boden schießen, hinzu. Es bleiben nur wenige Deponiestandorte, die eigentlich weiterbetrieben werden dürften. Deren Kapazität wird aber im Zeitraum von meist ein bis drei Jahren erschöpft sein. Der Müllnotstand, wie er im westlichen Teil Deutschlands schon besteht, ist im östlichen Teil auch schon vorprogrammiert.

In verschiedenen Teilen der neuen Bundesländer versuchen westdeutsche Entsorgungsunternehmen große Kapazitäten der Müllverbrennung aufzubauen. Um diese Müllverbrennungsanlage (MVA) bewerben sich Kommunen, die stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es zeichnet sich also ein umgekehrtes Bild als in den westlichen Bundesländern ab: Während im Westen MVA faktisch aufgrund des Widerstands in der Bevölkerung nicht mehr durchzusetzen sind, tut sich auf den ersten Blick geradezu eine „Nachfrage-lücke nach MVA“ auf. Hier fehlt offensichtlich der Informationsfluß über die ökologisch negativen Auswirkungen von MVA.

Die Planung neuer Deponien oder gar MVA ruft aber auch Widerstand der Bürger in den Gemeinden hervor. Es gibt z.B. eine Gemeinde, deren Bevölkerung trotz hoher Arbeitslosigkeit eine geplante MVA abgelehnt hat. Nachdem Umweltgruppen von den bis dahin weitgehend unter Ausschluß der Bevölkerung gelaufenen Planungen der Errichtung einer MVA erfahren hatten, konnten diese durch Aufklärung der Einwohner über die damit verbundenen negativen Folgen eine MVA verhindern. Dabei sollten von den 600.000 t Müll über 400.000 t Müll aus dem Westen verbrannt werden. Hier zeigt sich, wie eine gut informierte Öffentlichkeit positiv auf eine umweltverträgliche Entwicklung der Kommune hinwirken kann.

Die Entwicklung im Verkehrsbereich ist recht unterschiedlich. Die Behörden versuchen oft von Anfang an den Autoverkehr aus der Innenstadt herauszuhalten und Fußgängerzonen durchzusetzen. Dies stößt aber oftmals auf den Widerstand der Einzelhändler und teils der Bevölkerung. In Neubrandenburg z.B. soll eine autofreie Innenstadt geschaffen werden. Auf der anderen Seite sind aber auch ein neuer Straßenring und eine neue Umgehungsstraße geplant. Offensichtlich will man den Fehler der Verschandelung der Innenstädte nicht wiederholen, meint aber gleichzeitig die in den westlichen Bundesländern begangenen Sünden der Umgehungsstraßen kopieren zu müssen.

Fortsetzung auf Seite 5

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.